Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 290. — Mittwoch den 15. Dezember 1920. — 79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Pflichtfeuerwehr betr. Da eine Neueinteilung der Feuerwehr bevorsteht, werden sämtliche Inhaber von Abzeichen der Pflichtfeuerwehr (**rote, blaue** oder **weiße Binden**) aufgefordert, diese umgehend und spätestens **bis 30. d. M.** im Verwaltungsgebäude (Zimmer 10) abzugeben.

Wilsdruff, am 13. Dezember 1920. 180 **Der Stadtrat.**

Donnerstag den 16. Dezember 1920 nachmittags 6 Uhr

öfftl. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 14. Dezember 1920. 183 **Der Stadtverordnetenvorsteher.**

Kesselsdorf.

Zufolge einer Verordnung des Arbeitsministeriums werden an bedürftige Arbeiterrentenempfänger einmalige Beihilfen verteilt. Da die Gewährung der Beihilfen nur auf Antrag erfolgt, werden alle hier wohnhaften, in Frage kommenden Rentner aufgefordert, **sofort** im hiesigen Gemeindeamt ein Antragsformular zu entnehmen. Dasselbe ist ausgefüllt unbedingt bis **20. d. M.** wieder bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Kesselsdorf, am 14. Dezember 1920. 178 **Der Gemeindevorstand.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Entente-Kommission in Berlin hat die Note der Reichsregierung betreffend die Einwohnerwehren ablehnend beantwortet.

* Die deutsche Regierung erklärt sich in der oberschlesischen Abstimmungsfrage bereit, über das Problem der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während des Wahlaktes mit den Ententemächten in mündliche Besprechungen einzutreten.

* Vor dem Schwurgericht in Kassel begann ein neuer Prozeß gegen die Marburger Studenten.

* Der bekannte Hauptmann a. D. Pfeffer ist in Untersuchungshaft genommen worden.

* Nach Meldungen aus Irland haben die Sinnfeiner jetzt England den offenen Krieg erklärt.

* Der Schweizer sozialistische Parteitag lehnte mit 350 gegen 213 Stimmen den Eintritt in die Dritte Internationale ab, worauf die Partei links den Saal verließ; sie wird sich an den weiteren Arbeiten der Partei nicht mehr beteiligen.

* Der neugewählte Präsident Harding hat Bryan ersucht, ihm seine Ansichten über die von ihm geplante Gründung einer Gemeinschaft der Völker mitzuteilen.

Die Not der Beamten.

Den sofortigen Streikbeschluß hat der Deutsche Beamtenbund, nachdem Regierung und Reichstag hinter seinen Mindestforderungen recht erheblich zurückgeblieben waren, gegen den Widerspruch starker Teile seines Mitgliederbestandes zwar abgelehnt, aber die Hände legt er nun doch noch lange nicht in den Schoß. Die Führer der Beamtenbewegung wissen zwar ganz genau, daß namentlich in den unteren Schichten des Mittelstandes vielfach die Meinung vorherrscht, der Staat tue bereits genug und übergenug für das Beamtenheer, doch werden sie trotzdem durch die unaufhaltsam wachsende Bedrängnis in ihren Reihen dazu genötigt, vorwärts zu gehen, so gern sie auch selber endlich einmal eine kleine Ruhepause in den ewigen Lohn- und Gehaltsbewegungen eintreten lassen möchten.

Und wer mit dabei gewesen ist, wie am letzten Sonntag in der Reichshauptstadt ungezählte Scharen von Beamten aller Gattungen aus allen Himmelsrichtungen zusammenströmten — es dürften nicht weniger als 70 000 Menschen im Lustgarten zwischen Schloß, Dom und Museum beisammen gewesen sein —, der wird unweigerlich zugeben müssen, daß die Führer hier aus den Massen herausgedrängt und geschoben werden, daß hier also keine künstliche Entrüstung auf Fleischen gezogen wird, daß vielmehr das Elend in der Beamtenschaft wirklich groß sein muß, wenn trotz Frost und Schneegestöber so ungeheure Menschenmengen sich in Bewegung setzen und stundenlang auf der Straße ausharren, um ihrem gepreßten Herzen endlich einmal unter freiem Himmel in einer unüberhörbaren Kundgebung Luft zu machen.

Und die Stimmung, die diese Massen beherrschte, läßt nirgends nicht den leisesten Zweifel bestehen, daß die Not hier einen bedenkenerregenden Höhegrad erreicht haben muß. Als Hauptredner sprach Geheimrat Falkenberg, ein Mann, der als berufener Führer der Beamtenbewegung vor einigen Jahren in die Regierung geholt worden ist, und dort an hervorragender Stelle für die Interessen seines Standes eintreten konnte. Wenn selbst dieser Geheimrat, dessen alt erprobte Besonnenheit in allen Lagern geschätzt wird, öffentlich feststellt, daß die Parteien in der Beamtenfrage völlig versagt haben, daß der Kampf um eine berufsständige und gewerkschaftliche Interessenpolitik aufgenommen werden muß, daß die Vorstände der Beamtengruppen noch in dieser Woche zusammentreten werden, um eine neue Aktion festzulegen, daß endlich, falls die Regierung und der Reichstag sich auch jetzt noch der Beamtenschaft versagen sollten, diese mit den Arbeitern zusammen die Kraft haben werde, das Rad herumzuwerfen — dann muß schließlich jedermann wissen, was die Glocke geschlagen hat. Die Beamtengehälter, führte Geheimrat Falkenberg aus, sind höchstens um das 4fache gestiegen, die Lebensmittel aber um das 20fache; die Arbeitslöhne dagegen sind verzehnfacht worden. Noch sind die Beamten diszipliniert genug, zu hoffen, daß der Regierung in letzter Stunde die nötige Einsicht kommen werde. Solange diese äußerste Möglichkeit nicht vertan ist, muß der Streik außer Betracht bleiben, denn der Beamte hat eine besondere Stelle im öffentlichen Leben, er muß Pflichtgefühl und Verantwortlichkeitssinn behalten. Und wer davon noch einen Funken sein eigen nennt, darf nicht sagen, daß ja schon alles egal sei, daß man ohne Rücksicht auf die Folgen gegen Regierung und Reichstag vom Leder ziehen solle. Der Redner stieß, je mehr er in diesem Sinne vor Unüberlegtheiten warnte, auf desto stärkeren Widerspruch, und es zeigte sich mit jeder Minute deutlicher, daß die Geduld der Beamtenschaft nachgerade völlig erschöpft ist.

Alles drängt zur Tat. — Der Worte sind genug gewechselt. Trotzdem gelang es auch diesmal noch, eine Entschließung durchzusetzen, die sich, wenn auch in starken Ausdrücken, auf Forderungen beschränkt, ohne die jetzt allerwärts üblichen Drohungen sofort anzuschließen. Aber wenn man u. B. vernimmt, daß in dem Demonstrationszug, der aus Neukölln zum Lustgarten strebte, ein schwerer schwarzer Sarg mitgeführt wurde, der die Inschrift zeigte: „Hier trägt die Beamtenschaft ihre letzte Hoffnung zu Grabe", so wird man bei aller Abgeschmacktheit dieses Verfahrens doch von höchst bedenklichen Stimmungssymptomen reden und ihnen die unbedingt notwendige Beachtung schenken müssen. Schon hört man, wie aus dem Reichstag, so auch aus der preußischen Landesversammlung, daß — in beiden Parlamenten die seit Monaten schwebenden Besoldungsordnungen nun endlich noch vor Weihnachten unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Vielleicht wird damit einiges zur Besserung der Lage getan sein, aber doch nur einiges. Wenn die Volksvertreter glauben, danach unbesorgt auf mehrere Wochen in die Weihnachtsferien gehen zu können, so dürften sie sich täuschen. Der Staat wankt in den Grundmauern, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Und wer hier helfen will, soll es lieber heute als morgen tun — ehe es zu spät ist!

Frei, unbeeinflußt und geheim.

Deutschland gegen die Abstimmung in Köln.

Der deutsche Botschafter in London hat dem englischen Ministerpräsidenten folgende Note in der oberschlesischen Abstimmungsfrage überreicht:

„Die Deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen, der französischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

Der **Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt sich frei, unbeeinflußt und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der eingesessenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgeführt worden. Diese Artikel decken sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zum Artikel 88. Der Botschafterrat hat überdies den Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes anläßlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, die französische und die italienische Regierung gleichfalls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt bekennen.**

Die Deutsche Regierung erkennt gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflußte und geheime Stimmenabgabe zu sichern, und das ihrem Schutze anvertraute Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Mächten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 8. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die Deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Mächte großen technischen Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziff. 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gesammt" werden darf, bevor nicht alle von den Eingesessenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die Deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzuregen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen und an die er gerichtet ist. Die Deutsche Regierung bittet den britischen Herrn Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen."

Kriegserklärung der Iren.

Die Stadt Cork in Flammen.

Der Verzweiflungskampf der Iren gegen die jahrhundertelange Verwaltung durch die Engländer nimmt bestialische Formen an.

Das Oberkommando der Sinnfeiner-Armee hat die **Verhängung des Belagerungszustandes über Südirland mit einer Gegenproklamation beantwortet, in der gesagt wird, daß der Kriegszustand zwischen Irland und Großbritannien bestehe. Alle Personen, die den Streitkräften der Engländer in irgendwelcher Art Hilfe leisten, würden bestraft werden. Außerdem sollen alle Waffen sofort abgeliefert werden, damit sie nicht den Engländern in die Hände fallen.**

Fast das ganze Zentrum der Stadt Cork ist in Flammen aufgegangen. Dieser Riesenbrand ist die Antwort der extremen Sinnfeiner auf die Erklärung des Belagerungszustandes. Außer der Carnegiebibliothek und dem Rathaus soll die ganze Südseite der Patrickstreet und die daranliegenden Straßen zerstört sein. Nach den letzten Meldungen gingen außer den städtischen Gebäuden 18 große Geschäftshäuser in Flammen auf. Die Szenen, die sich während der Nacht abspielten, waren entsetzlich. Die Explosionen von Bomben, andauerndes Gewehrfeuer und der Lärm der einstürzenden Gebäude riefen unter der Bevölkerung eine Panik hervor. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Pfund Sterling geschätzt. Kurz vor den Bränden geriet eine Militärpatrouille in Dillon Cross in unmittelbarer Nähe der Kasernen in einen Hinterhalt. Sie wurden von den Sinnfeinern mit Bomben beworfen. Ein Kadett wurde getötet, elf verwundet.

Friedensangebot oder nicht?

Eine Privatklage Dr. Helfferichs.

Berlin, 13. Dezember.

Ein neuer Helfferich-Prozeß begann Montag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Staatsminister a. D. Dr. Helfferich hat gegen den Redakteur Isel der Zeitung Neue Zeit in Charlottenburg Privatklage angestrengt. In der Neuen Zeit wurde Helfferich als „Fälscher" bezeichnet mit der Begründung, daß er in einer Polemik gegen den damaligen Reichsminister Erzberger ein amtliches Dokument verstümmelt und verfälscht wiedergegeben habe. Es handelt sich um ein Aktenstück aus den russischen Geheimdokumenten, in denen die Rede gewesen sein soll von einem Friedensangebot der Entente an Deutschland im Oktober 1917. Helfferich soll nach der Angabe der Neuen Zeit das Aktenstück in solcher Weise verstümmelt haben, daß der Eindruck entstand, es habe kein Friedensangebot vorgelegen, während gerade das Gegenteil der Fall gewesen sein soll.

Dr. Helfferich bestreitet, daß er den Eindruck habe erwecken wollen, als ob er das ganze Dokument veröffentlichte, vielmehr habe jeder Leser sofort ersehen müssen, daß es sich nur um eine auszugsweise Wiedergabe des Dokuments handelte. Er habe auch nicht willkürlich eine Stelle daraus

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF